

Liberaler Migrations- und Einwanderungspolitik

Migration und Einwanderung sind Megathemen unserer Zeit. Die Herausforderungen, die durch Flüchtlingsbewegungen entstehen, werden uns noch Jahrzehnte begleiten. Gleichzeitig sind wir auf Fachkräfte-Einwanderung angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern. Als Fraktion der Freien Demokraten wollen wir ein weltoffenes Deutschland, das seinen humanitären Verpflichtungen nachkommt und Einwanderung zugleich als Chance für unsere Gesellschaft sieht. Eine breite gesellschaftliche Akzeptanz hierfür können wir nur mit einer geordneten Zuwanderung erreichen. Deshalb brauchen wir ein Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln. Zudem müssen Menschen darauf vertrauen können, dass diese Regeln durchgesetzt werden. Um Vertrauen wiederherzustellen, setzen wir uns für einen Untersuchungsausschuss zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein.

Klare Regeln

Für uns ist das Grundrecht auf Asyl nicht verhandelbar. Eine Obergrenze ist damit unvereinbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen besonderen Schutzstatus schaffen, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Er soll unbürokratisch gewährt werden und einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationskursen eröffnen. In der Regel sollen diese Flüchtlinge nach Kriegsende in ihre Heimat zurückkehren. Für gut integrierte Menschen wollen wir im Rahmen des neuen Einwanderungsrechts einen Spurwechsel ermöglichen: Ihnen sollen auch die Erwerbsmigration offenstehen, wenn sie die Voraussetzungen dafür erfüllen.

Familiennachzug

Die Aufnahmefähigkeit der Kommunen ist weiterhin begrenzt. Schon jetzt kommen jedes Jahr über 100.000 Personen im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland. Eine Begrenzung ist darum grundsätzlich richtig. Zur Lösung des Problems hat die Große Koalition sich jedoch auf eine willkürliche Obergrenze von 1.000 Personen pro Monat verständigt; welche Personen dies betrifft, bleibt allerdings unklar. Dieser Kompromiss von Union und SPD ist nicht akzeptabel. Bis zu einer Neuordnung des Einwanderungsrechts wollen wir daher mit unserem Gesetzentwurf den Familiennachzug immer dann erlauben, wenn ein Härtefall vorliegt, der Lebensunterhalt gesichert ist oder derjenige, zu dem der Nachzug erfolgt, in Deutschland bereits gut integriert ist.

Rückführungen

Eine besondere Herausforderung ist die Rückführung von Personen, die in Deutschland keinen Schutz erhalten. Wir wollen die Asylverfahren beschleunigen, indem wir die Maghreb-Staaten (Marokko, Algerien und Tunesien) zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Das ist bisher an den Grünen im Bundesrat gescheitert.

Wir haben hierzu einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt. Dabei ist Schutz im Einzelfall auch bei sicheren Herkunftsstaaten nicht ausgeschlossen und muss bei besonders gefährdeten Gruppen (z.B. LGBTIQ) genau geprüft werden. Zudem setzen wir uns für Zentrale Unterbringungseinrichtungen ein, in denen die Schutzsuchenden bis zu einer Entscheidung über ihren Status bleiben. Bereits dort sollen Sprach- und Integrationskurse stattfinden und Kinder unterrichtet werden. Wer keinen Schutzstatus erhält, soll von diesen Zentren direkt in seine Heimat zurückgeführt werden. Dabei müssen wir außenpolitische Hebel nutzen, um funktionierende Rückführungsabkommen durchzusetzen.

Europäische Lösungen

Der Umgang mit Migration ist ein Problem, das wir nur auf europäischer Ebene lösen können. Wir müssen die Außengrenzen der EU besser schützen und dafür die Grenzschutzagentur Frontex zu einem echten europäischen Grenzschutz mit ausreichend Personal und Ausrüstung ausbauen. Vor allem brauchen wir eine faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa und eine Reform des Dublin III-Systems. Dabei muss gelten: Staaten, die Flüchtlinge nicht entsprechend ihrer Quote aufnehmen, müssen eine Ausgleichszahlung leisten.

Erwerbsmigration

Deutschland ist auf Zuwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Wir wollen dazu die Blue Card auf alle Arbeitnehmer ausweiten, die einen Arbeitsvertrag in Deutschland abgeschlossen haben und ihren Lebensunterhalt damit dauerhaft bestreiten können, indem wir das dafür notwendige Mindesteinkommen senken. Daneben brauchen wir eine „Chancenkarte“, die nach einem Punktesystem vergleichbar dem kanadischen Vorbild vergeben wird. Dabei sollen u.a. Qualifikation, Alter und Sprachkenntnisse eine Rolle spielen. Die „Chancenkarte“ erlaubt es, auch ohne Job nach Deutschland zu kommen, um diesen vor Ort zu suchen. Wer als Flüchtling anerkannt ist oder über die gesteuerte Fachkräfte-Einwanderung nach Deutschland kommen möchte, muss schneller erfahren, was sein Abschluss hierzulande zählt.

Integration

Deutschland ist eine offene Gesellschaft. Wer unsere Rechtsordnung akzeptiert und sein Leben selbst in die Hand nehmen will, soll in unserem Land auch seinen Platz finden können. Wir setzen uns daher für großzügigere Bleiberechtsregelungen ein. Es ist weder humanitär vertretbar noch volkswirtschaftlich sinnvoll, gut integrierte Ausländer und ihre Familien abzuschieben, wenn sie hier arbeiten und Steuern zahlen. Ergebnis gelungener Integration ist die Einbürgerung. Doppelte Staatsangehörigkeit ist dabei für uns kein Hindernis, sondern trägt den Wurzeln der Einwanderer Rechnung. Diese Verbindung nimmt jedoch mit der Zeit ab. Die Enkelgeneration von Eingebürgerten, die nicht aus der EU stammen, soll sich daher grundsätzlich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen.